

Anzeigenpreise:
 Die achtspaltige Zeile 40 S.
 Inserate für auswärts . 50 S.
 Arbeitsmarkt- und
 Wohnungsanzeigen . 20 S.
 Die 3-spalt. Reklamezeile 150 S.
 Bei Wiederholungen Rabatt.
 Inserate müssen zwei Tage vor
 Erscheinen der Zeitung in unsere
 Hände sein.

Volkswacht

Die Volkswacht erscheint täglich
 mit Ausn. d. Sonn- u. Feiertage.
Bezugspreise:
 In Danzig durch unsere
 Zweigstellen monatlich 2,00 M.
 vierteljährlich 5,00 M.
 Durch d. Post bez. außerd.
 Zustellgebühr . monatl. 30 S.
 Einzelnummern . 15 S.
 Postcheckkonto Danzig 2945.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion:
 Spendhaus 6 :: Telephon 720

Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften

Expedition:
 Spendhaus 6 :: Paradiesg. 32 :: Teleph. 3290

Nr. 276

Donnerstag, den 27. November 1919

10. Jahrgang

Um Zepter und Krone...

Seil dir im Siegerkranz...

Wilhelm von Amerongen war für uns ein erledigter Mann. Die Hege der Deutschnationalen gegen die Republik gibt uns aber Veranlassung, wieder einige Zeilen dem letzten der Hohenzollern zu widmen.

Ein Sturmwind endete das Hohenzollernsche Deutschland. Wilhelm II., der sich auch zum Herzog von Kurland und Livland machen wollte; Ludwig III., der schon glaubte, Herzog von Esth zu sein; Ernst Ludwig von Hessen, der glaubte, Herzog von Brabant zu werden; Friedrich Karl von der landgräflichen Linie der Hessen, der zur Abreise bereit war, um Finnlands König zu werden — sie alle hatten Anlaß, der Gutmütigkeit der deutschen Revolution Dank zu wissen, daß sie nicht mehr verloren hatten als Zepter und Krone und Stern.

Der 9. November hat keinesgleichen in der Weltgeschichte. Alle Monarchien in Deutschland brachen zusammen, in Großpreußen und Klein-Ruß, in Bayern und in Württemberg, in Mecklenburg wie in Baden, in Braunschweig wie in Oldenburg, Monarchen mit der Königskrone wie Zwergherzöge waren alle Er.

Kein einziger fand ein großes Wort, fand eine schöne Gebärde. Als sie aufhörten Majestäten und Hoheiten zu sein, zeigte sich bei allen die gar kleine Menschlichkeit.

Die Monarchie hinterläßt kein großes Andenken in Deutschland. Sie bleibt dauernd verknüpft mit der Erinnerung an Wilhelm den Letzten von Amerongen, der sich einst als Werkzeug Gottes bezeichnete; der seine Soldaten aufforderte, als Hunnen China zu verlüften, daß man nach tausend Jahren mit Schrecken den Namen Deutsche dort nennen sollte. Seitdem es auf deutschem Boden Herzöge, Könige und Kaiser gab, war keiner so selbstbewußt, so stark von seiner göttlichen Sendung erfüllt, so himmelweit entfernt von dem Denken und Fühlen seines Volkes, so von seiner Erhabenheit überzeugt, als Wilhelm II., deutscher Kaiser und König von Preußen, Markgraf zu Brandenburg, Burggraf zu Nürnberg, Graf von Hohenzollern, souveräne und oberster Herzog von Schlesien wie auch der Grafenschaft Glatz, Großherzog von Niederrhein und Posen, der Mann mit 18 Herzogstiteln, 2 Landgrafen- und 2 Markgrafentiteln, der sich Prinz von Oranien, 18mal Fürst, auch Herr von Frankfurt nannte. Er war Oberster Kriegsherr der von ihm als mächtig gerühmten Armee der Welt, zum Admiral des Stillen Ozeans hat er sich gemacht und er endet als Deferteur, ein Schmachtfeld für die deutsche Armee, ein Verräter des deutschen Volkes, ein Landesflüchtling, der nicht einmal die Kraft fand, seinem Vaterlande zu dienen durch den rechtzeitigen Rücktritt von seinem Amte. Man mußte ihn förmlich absetzen.

Wann ströbte Wilhelm II. damals? Als die Entente überall Sieger war, als die über das Kriegsergebnis getäuscht und belächelten hungerleidenden und zum Teil in Fehden gehenden Soldaten sich als Soldatenräte konstituierten, als überall in Deutschland die Revolution aus dem Dunkel zuckte, da wollte Wilhelm II., unseligen Angedenkens mit Truppen, denen er noch zu vertrauen glauben konnte, die Kanonen umkehren und Deutschland sich zurückerobern. Nur weil es keine Truppen gab, die Wilhelm II. zu folgen bereit waren, nur darum ist dieser Bürgerkrieg vermieden worden.

Wenn es von einem gilt, daß er nicht verdient, den Namen eines Deutschen zu tragen, ein Hohnewort, das er in seinen übermütigen Tagen dem deutschen Klassenbewußten Proletariat entgegengeschleudert hat; wenn einer nicht verdiente, den Namen Deutscher zu tragen, dann ist es Wilhelm von Amerongen.

Er ist verachtet, auch bei denen, die ihn früher umschmeichelten. Er ist erledigt selbst bei denen, die die Wiederkehr der Monarchie noch heute aus mancherlei Gründen, hier und da aus einer Ideologie, zumeist aber aus Klasseninteresse und persönlichem Egoismus erstreben. Selbst die, die die Monarchie wiederkehren sehen wollen, halten Wilhelm II. als Vertreter der Monarchie für unmöglich. Das ist aber das größte Todesurteil der erblichen Monarchie, wenn man die Monarchie wieder will, aber den Monarchen für unmöglich hält. Der Mann, der durch vier Jahrzehnte als der blendendste, anfangendste, genialste deutsche Ausdruck des monarchischen Gedankens gepriesen wurde, um den die Räder uns angeblich beneidet haben sollen; der in sich alle Talente vereinigt fühlte, die des Heerführers wie des Admirals, die des Schiffbauers wie des

Schulreformers, die des Archäologen wie des Assyriologen; er, der, wenn auch in gar eigenartiger Weise, Christuswort predigte; er, der über alle Wissenschaften und Künste urteilte; er, dessen Leben Geschichte sein sollte und der mit seiner Denkmalskrankheit dem Volke Geschichte lehren wollte — er wird heute selbst von den äußersten Monarchisten als eine unmögliche Gestalt auf einem Thron bezeichnet.

Bleibt das Proletariat seinen Traditionen getreu, bleibt es kraftvoll im Willen, bereit zur Abwehr gegen jeden Zerstörer der revolutionären Errungenschaften, so ist und bleibt Wilhelm II. der letzte Monarch. Zerfleischt sich indessen das Proletariat im brudermörderischen Kampf weiter, dann — die Geschichte der Revolutionen kennt Vorbilder — kann niemand dafür garantieren, daß nicht — wenn auch nur vorübergehend — die Monarchisten ihr Haupt noch einmal wieder erheben. Und darum immer und immer wieder: Arbeiter! Ihr seid die Träger Eures Schicksals! Schmiedet Euch nicht neue Ketten!

Hilfe für das hungernde Wien.

Das Reichskabinett hat der „Doff. Ztg.“ zufolge eine umfassende Hilfsaktion für Wien beschlossen. Für Dezember sollen von jeder Brottarte in Deutschland 50 Gr. weniger ausgegeben werden, und die gesamte Ersparnis — es kommen rund 40 Millionen Nichtselbstverfolger, also Brottarteninhaber, in Betracht — von zwei Millionen Kilogramm in der Woche soll den Wienern zur Verfügung gestellt werden. Sämtliche Parteien der Nationalversammlung haben ihre Zustimmung erteilt mit Ausnahme der Unabhängigen, die zwar auch ein solches Mehlsquantum zur Verfügung stellen, aber keine Abzüge von der Brottarte zulassen wollten.

So schwer uns auch die Kürzung der Portration trifft, so sehr müssen wir doch diesen Schritt der Reichsregierung begrüßen. Die Wiener Bevölkerung steht tatsächlich vor dem Verhungern. In furchtbarer Weise hält dort der Tod Ernste. Den Säuglingen in den städtischen Erziehungsanstalten konnte in letzter Zeit nur noch gefochtes Kraut ohne Fleisch und Fett als Nahrung verabfolgt werden. Eben so furchtbar wie die Hungersnot ist dort auch die Kohlennot. Der Wiener Wald ist schon fast völlig abgeholzt. Von den agrarischen Nachbarländern und von der Entente wurde bisher nur wenig Hilfe für die unglückliche Stadt geleistet.

Die Wiener Arbeiterzeitung wendet sich in einem Aufruf an das Gewissen der Welt. In den Ländern der Entente haben die verzweifeltsten Hilferufe bisher keinen Erfolg gehabt. Daß aber Deutschland seinen Brüdern in Oesterreich Hilfe bringt, zeigt wieder die Wahrheit des alten Wortes, daß nur der Arme mit dem Armen fühlt.

Deutschland und der Völkerbund.

Amsterdam, 26. Nov. „Daily Chronicle“ schreibt, daß der Bericht des Pariser Korrespondenten der „New York Sun“ daß man in britischen Kreisen geneigt sei, Deutschland infolge der Weigerung der Vereinigten Staaten sofort zum Völkerbund zuzulassen, nicht den Tatsachen entspreche. In gut unterrichteten Kreisen sei man der Ansicht, daß keine Möglichkeit besteht, Deutschland sofort zum Völkerbund zuzulassen. Ein derartiger Beschluß könne von der Versammlung des Völkerbundes nur mit Einstimmigkeit gefaßt werden und eine derartige Versammlung werde nicht früher stattfinden, als etwa 2½ Monate nach dem Inkrafttreten des Friedensvertrages.

Der ägyptische Freiheitstampf.

Paris, 26. Nov. Das ägyptische Nationalkomitee hat an die „Humanité“ ein Telegramm gerichtet, in dem es gegen das Vorgehen der englischen Truppen gegen die friedliche Bewegung des ägyptischen Volkes zur Erlangung seiner Unabhängigkeit protestiert. Der Präsident der ägyptischen Friedensdelegation richtete auch ein Telegramm an Präsident Wilson, in dem er diesen beschwört, das ägyptische Volk zu unterstützen.

Deutschlands Antwort.

Berlin, 26. Nov. (W. Z. B.) Die Reichsregierung hat auf die letzte Kriegsgefangenenliste der Entente mit einer Note geantwortet, die heute in Paris übergeben wird, und u. a. sagt:

Die französische Regierung stellt die Behauptung auf, sie habe niemals etwas anderes versprochen, als die Bestimmungen des Friedensvertrages zu erfüllen. Sie hat anscheinend ihre amtliche

durch die Agence Havas am 29. August 1919 veröffentlichte Bekanntmachung vergessen, die lautet:

„Um so rasch wie möglich die durch den Krieg verursachten Leiden zu mindern, haben die Alliierten beschlossen, den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Friedensvertrages mit Deutschland, soweit er die Heimführung der deutschen Gefangenen betrifft, vorzutudieren. Die Arbeiten der Heimführung werden sofort beginnen, und zwar unter Leitung einer internationalen Kommission, der nach Inkraftsetzung des Vertrages ein deutscher Vertreter beigegeben werden soll.“

Eine Zurücknahme dieser Zusage hätte ja nun mindestens der deutschen Regierung mitgeteilt werden müssen. Vielmehr leugnet die französische Regierung einfach, irgend ein Versprechen abgegeben zu haben.

Diese widerspruchsvolle Haltung ist um so unverständlicher, als die Erklärung vom 29. August nicht etwa ein freies Zugeständnis war, das durch Gründe der Menschlichkeit erteilt wurde, sondern die Gegenleistung für Zugeständnisse, zu denen die französische Regierung die deutsche Regierung dadurch veranlaßt hatte, daß sie ihr ein Entgegenkommen in der Kriegsgefangenenfrage versprach.

Es handelte sich dabei einmal um die Kohlenlieferungen und zweitens um den Fall des Sergeanten Mannheim.

Bei den Pariser Verhandlungen über die Lieferung von Kohlen an Frankreich wurde dem deutschen Vertreter am 22. August erklärt. Sobald diese Lieferungen eingesetzt hätten, werde die Entente in der Kriegsgefangenenfrage weiteres Entgegenkommen zeigen.

Im Falle des Sergeanten Mannheim hatte die deutsche Regierung die Zahlung der unter Androhung militärischer Zwangsmaßnahmen der Stadt Berlin auferlegten Buße von einer Million Franken abgelehnt.

Darauf wurde ihr von autorisierter französischer Stelle nahegelegt, die Angelegenheit durch ein Entgegenkommen aus der Welt zu schaffen. In diesem Falle werde Marschall Foch seinen Einspruch für die als baldige Rückführung der deutschen Kriegsgefangenen einziehen. Auch in Paris wurde zur selben Zeit der Fall Mannheim mit der Kriegsgefangenenfrage in Verbindung gebracht. Als der deutsche Vertreter am 26. August, nachdem der sofortige Beginn der Kohlenlieferungen zugesagt war, mit Beziehung auf die vorausgehende Zusage die Bitte aussprach, alsbald in die Verhandlungen über die Heimführung der Kriegsgefangenen einzutreten, wurde dies zwar mit dem Bemerkten verprochen, daß ihm der Ministerpräsident Herr Clemenceau in den nächsten Tagen darüber schreiben werde. Zugleich aber hat ihn der französische Vertreter für die Zahlung der im Falle Mannheim verlangten Million einwirken, da die Entente dieser Angelegenheit dem Ministerpräsidenten Herrn Clemenceau sehr am Herzen liege. In Berlin wurde dann die Vereinbarung getroffen, daß der Betrag von einer Million Franken der französischen Regierung für das Rote Kreuz zur Verfügung gestellt werde, daß innerhalb einer Woche nach der Zahlung die in Artikel 215 des Friedensvertrages vorgesehene Kommission zur Regelung der Heimführung der Kriegsgefangenen zusammentreten und daß dies durch die Agence Havas bekanntgegeben werden solle.

Als die Einsetzung der Kommission sich verzögerte und der deutsche Vertreter in Paris an die Erfüllung des Versprechens mahnte, wurde ihm am 18. September mitgeteilt, die Kriegsgefangenenfrage sei erledigt, die Transporte nach Deutschland würden von jetzt ab ununterbrochen laufen. Zuerst kämen die Kriegsgefangenen aus England, dann die aus Amerika, zuletzt die aus Frankreich an die Reihe. Deutsch-französische Verhandlungen über diese Transporte seien nach Auffassung des Ministerpräsidenten Herrn Clemenceau unnötig.

Die französische Regierung wird hiernach nicht bestreiten können, daß Deutschland vor Monaten durch erhebliche Opfer das bindende Versprechen von ihr erlangt hat, die Heimführung der Gefangenen nicht bis zu dem im Friedensvertrage bestimmten Zeitpunkt aufzuschieben, sondern sofort damit zu beginnen.

Im letzten Teil der Note waren an Hand der Tatsachen die Beschwerden der französischen Regierung zurückgewiesen obwohl angesichts der klaren Sachlage, die durch das Verhalten der französischen Regierung geschaffen war, ein weiteres Eingehen auf diesen Teil der Note Clemenceaus überflüssig erschienen dürfte. Hierbei wird u. a. besonders an die Bereitwilligkeit der deutschen Regierung in der Wiederaufbaufrage erinnert sowie an die in Deutschland bereits in Angriff genommene Vorbereitung zur Entsendung der Arbeiter. Der Vorwurf bezüglich Schleswigs und Ostschlesiens wurde mit Hinweis auf die erfolgreiche Tätigkeit der alliierten Kommission in diesen Gebieten zurückgewiesen und am Schluß des Beitrages darüber ausgedrückt, daß Märchen wie die einer angeleglichen Propaganda gegen die Alliierten Glauben finden und der Aufnahme in ein amtliches Schriftstück für würdig erachtet werden.

Deutsche Spar-Prämienanleihe
 1919

Hauptgewinne
 jährlich 10 mal 1.000.000 Mark

Erste Gewinnziehung
 im März
 1920

Lokales.

Die Einigungsversammlung.

Eine stark besuchte gemeinsame Mitgliederversammlung beider Parteien fand gestern im Café Derra statt. Sie hatte die Aufgabe, endgültig zu den Beschlüssen der Vertrauensmänner Stellung zu nehmen. Genosse Voops gab den Bericht der Programmkommission. Das Einigungsprogramm baut sich auf das Entwurfprogramm auf. Es ist ergandigt worden durch die in der Vertrauensmannerkung am Freitag angenommene Formel von der „Diktatur des Proletariats“. Die vereinigte Partei soll „Sozialistische Partei der freien Stadt Danzig“ heißen. Dem Einigungsprogramm und der Verschärfung der beiden Parteibereine in Danzig wurde einstimmig zugestimmt.

Nach längerer Debatte wurde die von der gemeinsamen Kommission aufgestellte Kandidatenliste gegen wenige Stimmen angenommen. Dann berichtete Genosse Grünhagen über die Zusammenlegung der Organisationen und der Presse. Die beiden bisherigen Ortsvorstande sollen bis Ende Dezember die Geschäfte weiterführen, die dann von einem neuen Vorstand übernommen werden. Das „Freie Volk“ wird ab 1. Dezember in der „Volksmacht“-Druckerei gedruckt. Vom 1. Januar ab wird als Parteiorgan das „Danziger Volksstimme“ erscheinen.

Nach Schließung berichteten Vereinsangelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

Auf dem Schulweg.

Die Holzsohlen klappern noch immer wie zu Kriegszeiten auf dem Pflaster, wenn die Kinder zur Schule gehen. Und wohlgerat und vergnügt schauen die Kleinen auch noch immer ins Leben. Aber ihre Gesichter sind blaß und fal, ihre Kerchen darr und hager geworden. Die Kleidung lagt ebenso zu wünschen bri, wie die Ernährung. Jetzt in diesen frostelnden Spatherbsttagen macht sich das besonders bemerkbar. Die letzte Feuchtigkeit der Morgenstunde durchdringt das schlaffe Zeug und macht die Hände zittern.

In jedem Morgen begegne ich der gleichen kleinen Gesellschaft. Sie wohnt in meiner Nachbarschaft; daher kenne ich sie gut. Ein paar blonde, hochaufgeschossene Wadels sind es mit blank gefriegeltem Haar. Auch die Jungens fehlen nicht. Drei an der Zahl. Richtiges, ruppiges Grostadtgewach, das den Mund aus dem rechten Fleck hat und denen doch die Gutmütigkeit aus den blauen Kinderaugen lügt. Die Wadels tupeln miteinander und kichern. Sie haben schon allerlei kleine Erlebnisse. In den Jungens ist der Spiel- und Schachertrieb nicht totzukriegen. Es ist unglublich, was ihre Hantchen alles heherbergen! Die Saison spielt da keine kleine Rolle. Mal sind es Nurmeln, mal Abziehbilder, mal Steine mal ein Kreisel, mal lebendige Kifer. Die zeigen sie nicht etwa bloß beim Gehen. Nein, sie bleiben alle zehn Schritte stehen, denn derartige Geschäfte wollen in Ruhe erledigt werden.

Und das kleine Mundwerk geht wie geschmiert. Man muß staunen, mit welchen Fadausdrcken die kleinen Lippen herum werfen. Mancher Kaufmann könnte nachlernen! Der Wert der einzelnen Gegenständen stellt alle Gefesseigerung durch das Sinken der Valuta in Schatten. Und wenn dann irgend eine Turmuhr den Einhalbneun-Uhr-Blokenschlag, der den Schulbeginn bedeutet, anhört, dann wandern alle die Selbstamkeiten flugs in die unergründlichen Tiefen, und in gestrecktem Galopp geht es durch den Fruhnebel des Novembermorgens dem Schulhause entgegen.

Was der Herr Richter — nicht weiß!

Ein schwer kriegsbeschadigter und arbeitsloser Maler in Schildkug steht mit seiner Ehefrau in Scheidung, da er das Ehebruchsgeld schuldet. Das Landgericht kam wegen der Geldentfahigung zu einem Urteil, in dem es wörtlich heißt:

„Bei den heutigen Arbeits- und Verdienstverhaltnissen der Handarbeiter ist es für den Antragzuegner ein Leichtes, jederzeit Arbeit und so guten Verdienst zu finden, daß er auch weiterhin die verlangten 140 Mk. an seine Frau abgeben kann. Ein anderer Standpunkt würde eine Premie für die Arbeitslosigkeit und damit für die Faulheit und Tradlergerei sein.“

Zur Zeit der Urteilsfällung waren in Danzig 6688 männliche Arbeitslose gegenüber nur 36 offenen Stellen. Die Arbeiterorganisationen und die Arbeitslosenorganisation selber bringen fortgesetzt darauf, für sie nützliche Arbeit zu schaffen, und sie erklären, daß sie

nicht Arbeitslosenunterstützung, sondern Arbeit verlangen. Eine Anfrage auf dem städtischen Arbeitsamt wird diese Tatsache jederzeit bestätigen. Das Gericht aber weiß von nichts.

Wer hat gepantzt?

Zu unserem unter dieser Spitzmarke veröffentlichten Artikel sendet uns Herr Dr. Max Knoch, beeidigter Handelschemiker, folgende Zuschrift:

„Der Betrieb der Mollerei Fiebing ist durch den Inhaber der Mollerei niemals unter meine Kontrolle gestellt worden. Es handelt sich lediglich um eine mehrmals im Monat auszuführende unvorhergesehene Entnahme von Proben in den offenen Verlaufsstellen des Herrn Fiebing. Außer diesen regelmäßigen Kontrollen der Fiskalen sind ab und zu Mischproben der Lieferanten von mir auf besonderes Ansuchen des Herrn Fiebing in der Mollerei entnommen worden. Mit der Kontrolle des eigentlichen Betriebes hatte ich demnach nichts zu tun. Weitere Aufklärung wird die Gerichtsverhandlung bringen, der ich in keiner Weise vorzuziehen will.“

Die Auszahlung der Mollereivergngungsgebhren für Dezember durch das Postamt 1 erfolgt wie bisher am 28. und 29. November. Nur werden die bisher in der Postkammer des Postamts 1 (Eingang Hundegasse) untergebrachten Zahlstellen in andere Räume (Eingang Bangasse) verlegt. Das Nähere ist aus den Ausschangen bei den hiesigen Postämtern ersichtlich.

Einführung von Einlokalen. Im Reichspostministerium haben neue Beratungen des Verkehrsrates stattgefunden, um eine Verbesserung der gesamten Postverhaltnisse zu erzielen. Die wichtigsten Beschlüsse gälten der Einführung des Einlokal-Paketes, dessen baldige Zulassung beschlossen wurde. Es wird als Briefpost-Gegenstand (Paketaktion) behandelt werden. Vorgesehen ist ein Einheitsporto von 60 Pf. Ueber die Größenbeschränkungen sind Bestimmungen noch nicht getroffen. Wertangabe, Einschreiben und Nachnahme können so lange nicht zugelassen werden, als die jetzige Hochluft der Wertpaketverfndung anhält.

Hochpreise für Kaffee, Tee, Kakao und Schokolade. Die Konditorleitung hatte den Wunsch, daß für Kaffee, Tee, Kakao und Schokolade einheitliche Preise festgelegt werden. Ein Unterausschuß der Preisprfungsstelle beschäftigte sich mit dieser Angelegenheit und kam dahin über ein, daß es gut sei, diesem Wunsche nachzukommen. Diese Preise müssen natürlich erheblich höher sein, wie vor dem Kriege. Nicht unerheblich fällt dabei ins Gewicht, daß die Gäste häufig Geschirr, wie Teelöffel usw., mitnehmen. Der Preis für eine Tasse Kaffee wurde auf 85 Pf. bestimmt. In Konzertlokalen kostet sie 15 Pf. mehr für eine Tasse Sohlenkaffee dürfen 1,25 Mk. genommen werden. In Konzertlokalen 25 Pf. mehr. Aus einem Pfund Kaffee dürfen 50 Tassen hergestellt werden. Für Mokka wurde kein Hochpreis festgelegt, da er nur für solche Gäste bestimmt ist, die durchaus viel Geld loswerden wollen. Das Glas chinesischer Tee soll 1 Mk. kosten, in Konzertlokalen 25 Pf. mehr. Für deutschen Tee wurde kein Hochpreis bestimmt, doch soll er billiger sein, wie der chinesische Tee. Die Tasse Kakao oder Schokolade soll mit 1,50 Mk. bezahlt werden, in Konzertlokalen mit 25 Pf. mehr. Diese Preise werden dem Ausschu vorgelegt werden.

Volksvorstellung. Die nächste Volksvorstellung findet am Sonntag, den 30. November d. J., nur für die Bewohner der inneren Stadt statt. Der Magistrat weit in seiner Bekanntmachung besonders darauf hin, daß Kinder unter 10 Jahren in das Theater nicht mitgebracht werden dürfen und daß die Vorstellung punktilich beginnt. Zusatztkommende werden erst in der nächsten Pause in den Zuschauerraum gelassen. Um den Besuchern einen ungetrübten Genuß zu verschaffen, müssen Störungen jeder Art vermieden werden.

Vom Großmarkt. Weiskohl, Mohrrüben und Brufen sind augenblicklich ausverkauft. Neulieferungen stehen in Aussicht.

Gerichtsecke.

Prebeldigung. Während der unerlaubten Abholungen im Reinfesttal wurde eine Frau Jahr aus Karafuhr durch einen Kopfschuß getötet. Ein Fortschuttsgehilfe in Felsgrau hatte einen Schreckschu abgegeben, der die Frau traf und sie sofort tötete. Sie starb in Gegenwart des Chemanns und eines kleinen Sohnes. Das „Freie Volk“ teilte diesen Vorfall unter der Ueberschrift

„Mordtat der Kollgardisten“ mit. Der Täter wurde schließlich als Soldat angesehen. In dieser Ueberschrift erblickte das General-Kommando eine Beldigung und stellte Straf Antrag. Der Redakteur des Blattes, Genosse Bruno Bauer, hatte sich vor dem Schlichtergericht zu verantworten. Er machte geltend, daß die Notiz während seiner Abwesenheit in die Zeitung gekommen sei. Der Amtsanwalt beantragte trotzdem eine Geldstrafe von 100 Mk. Das Urteil lautete auf 30 Mk.

Die Agrarierstube. In einer gemeinsamen Sitzung der Verbraucher-Kammer und des Landbundes begifferte Oberamtmann Mller die Menge der eingefrorenen Kartoffeln auf dem Lande auf etwa ein Drittel. Traurig! Schnaps bringt eben mehr Geld als die simple Speisefartoffel.

Pferdebiebstahl. Einem Gandier in Zoppot wurde ein Pferd im Werte von 1500 Mark gestohlen. Man entdeckte als Täter den Arbeiter Paul Albeli in Zoppot, der das Pferd bereits weiter verkauft hatte. Als Fehler wurde der Fleischergehilfe Fritz Reich in Zoppot entdeckt. Vor der Strafkammer hatten sich die beiden wegen dieser Tat zu verantworten. Albeli wurde wegen Einbruchdiebstahls zu zwei Jahren Zuchthaus und Reich wegen Schleierei zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.

Polizeibericht vom 27. November. Verhaftet: 13 Personen, darunter: 3 wegen Diebstahls, 1 wegen Hehlerei, 1 wegen Betruges, 4 wegen tätlichen Angriffs, 4 in Polizeihaft — Gefundene: 1 gold. in Papier eingewickelter Kettenarmband, abzuholen von Frau Viktoria Jablonski, 51 Geistgasse 70. 1 zweiradiger Handwagen, abzuholen von Brgerwehrmann Nettke, 3. Polizeirevier, Bttelgasse. 1 bunte Henne, abzuholen von Fr. Ella Simke, Wallgasse 4 b L.

Wasserstandsrichtungen am 27. November 1919.

	gestern	heute	gestern	heute
Thorn	+ 0,84	+ 1,04	Diedel	+ 0,38 + 0,49
Jordon	+ 0,59	+ 0,80	Dirschau	+ 0,64 + 0,75
Gulm	+ 0,60	+ 0,84	Einlage	+ 2,08 + 2,18
Graben	+ 1,05	+ 1,21	Schlammhorst	+ 2,28 + 2,40
Kurzbrack	+ 0,94	+ 0,97	Wolfsdorf	+ 0,24 + 0,22
Montauerptzke	+ 0,52	+ 0,63	Anwachs	+ 0,36 + 0,90

Standesamt.

Todesfälle: L. des im Felde gefallenen Architekten, Unteroffizier Max Kirchner, 11 J. 9 M. — E. des Betriebsmeisters Richard Kogner, 4 Wch. — Rentier Friedrich Griebe, 73 J. 1 M. — E. des Schlossers Richard Prozeft, 3 M. — Invalide August Bosad, 82 J. 3 M. — Schmiedemeister Johann Moring, 61 J. 9 M. — Unehel. 1 Sohn.

Aus den Ostprovinzen.

Ein neuer Mord.

Am Montag, morgens gegen 4 1/2 Uhr, wurde der 52 Jahre alte Gutsnachtwacher Franz Jurzil im Pferdestall des Gutes Hoch-Medlau ermordet aufgefunden. Die Leiche weist zahlreiche Messer- und Stichwunden auf. Es wird angenommen, daß die Tat aus Rache begangen worden ist. Die Zoppoter Kriminalpolizei, die mit der Aufklärung des Verbrechens beauftragt worden ist, hat bereits die Ehefrau des Ermordeten, sowie deren Viehhaber, den Arbeiter Wilhelm Kartowski aus Johannistal, festgenommen.

Jurzil hatte des Nachts auf dem Gute mehrere Hundegange zu machen. In der Zwischenzeit war ihm gestattet, im Hofe zu ruhen. Am Montag, gegen 9 1/2 Uhr abends, hatte Jurzil wie gewöhnlich seinen Dienst angetreten. Als er jedoch das ihm um 4 Uhr morgens anvertraute Weiden der Reute nicht besorgt hatte, ging sein Sohn nach dem Pferdestall, wo er seinen Vater ermordet aufwand.

Thorn. Die in den freien Gewerkschaften organisierten Arbeiter Thorns nahmen in einer zahlreich besuchten Versammlung eine Entschließung an, nach der sie sich verpflichten, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Kräften an dem Wiederaufbau Frankreichs beteiligt zu sein. Sie verlangen aber von der französischen Regierung die sofortige Heimbeförderung der deutschen Kriegsgefangenen.

Verantwortlich für Redaktion: Ernst Voops, für Interate Bruno Gwert, Verlag und Druck: A. Gehl & Co. Danzig.

Theater und Konzerte.

Stadttheater.

Hugo v. Hofmannsthal: „Jedermann.“ (Zweite Aufführung.)

Da der reiche Mann stirbt, sterben auch alle, wenden sich alle von ihm, Vettern, Zeh- und Bettgenossen. Auch sein gleichbedeutendes Gold, an das er sich sein Leben lang in Inbrunst klammerte, verlat ihn als das Bleibende. Tarr die guten Werte, zwar auf Kruden handend, und ihre Schwester, der Glaube, zu dem er sich in Angst vor der Hölle unbedingt bekennt, treten mit dem Scheidenden zeugend und frdend vor Gottes Thron. Solches Geschehen in einem Stille-rogout von anno dazumal und Oberammergau, in einer Winter-sprache von Hans Sachs und moderner Sprachfähigkeit  la Hofmannsthal hinterlat in dem ernsteren, nachdenklichen Zuschauer das Reflektiert: Werden wir, Werden wir! (Reinhardt hatte vor acht Jahren noch ein Vaterunser in den Bilderbogen hineingeklebt.) Aber ob literarisch, ob dogmatisch befehlen bleiben Werte. Und wie soll sich der Zeitgenosse, der noch vor wenig Monaten taglaglich dem Tode gegenüberstand, zu diesem Kümmerling stellen, der dem in den Wald grotente entgegenkommenden Senfemann die Minuten abnimmt, um sich dann in purer Angst vor dem höllischen Feuer zum Kirchenglauben zu bekennen? Wo macht Hugo v. Hofmannsthal auch nur den leisen Versuch, auf den feilschen Wandlungen und Auerungsprozess dieses sonst nicht unheimlich-lichen Tagesdiebes, genannt Jedermann, einzugehen? Wo die alten Mythen von ihrer naiven Natürlichkeit wollen ans Herz packen, statt in diesem Nachgebet die Maske. Nährung erhalten nur die Sinne. Aber kräftig. Und daher der Grundzug. Auch Einsache, Ganglaubige sagen tiefinnerst befriedigt: „Ja, ja —“ und verlassen mit guten Vorsätzen das Theater. Die hervorgehobenen Sünder zeigen wohl (wenn es keiner sieht), und der Literaturreund denkt bedauernd an „Oedipus und die Sphinx“ und die seiner Kammer-spiele.

An diesem Ehrenabend hat Emil Marx, der hier zeigte, was er früher noch nicht gezeigt hat, nahm ich mit vor, es ihm doppelt zu vermerken, wenn er uns wieder einmal Rück- und nachmachen sollte. Im übrigen hing auch er, ebenso wie seinerzeit Paul Walter-Schäffer in Zoppot, dem Spiel die Verude „Literatur“ so tief auf-

daß das Gesicht der kommen Kindglaubigkeit bis über die halben Augen zugebedt wurde.

Walter Jung stand am hartsten da, wo er sich im Jammer wand. (Trotzdem die Souffleuse schrie, nahm er Umstandungen vor.) Haltendes ließen Feing Bede, gell und gemein wie das Gold, gleich markant in Tonfall und Farbewirkung. Jernst v. Weer mit der gütigen Stimme der besorgten Mutter und Adels Czernach, deren Organ in seiner besetzten Wärme wie Musik klang. Carl Brudel hingegen gab den Teufel als ein Elementarmesen vom Schlage des Madchraat, hatte also den Charakter dieser Figur total verkannt, und Dora Ottenburg dozierte wie eine alttere Lehrerin. W. O.

Wilhelm-Theater.

Ein armer Ruslan.

Operette von Dr. Hans Wachsitz, Musik von Erich Berke.

Daß ein alternder Jüngling freien will und die Braut nicht bekommt, daß zwei mal zwei sich lieben und sich kissen, daß ein armer Schüler reich wird und eine unbekante Sängerin bezaubert — das alles sind Operettengedanken, die gerade nicht überwältigend neu sind. Wenn man sie aber nicht gar zu ungeschickt verwendet, dann erzielen sie immer noch einen gewissen Reiz. Und Wachsitz war nicht ungeschickt. Er hat obendrein noch ein paar nette Einfälle dazu gegeben, jedoch man sagen kann: „Nicht bel!“

Der Komponist Erich Berke ist leider in ein paar guten Einfällen steden geblieben. Er wäre weiter gekommen, wenn er die Weisheit seines Kompanions „Das Stehlen ist der Lebensberuf des Komponisten“ ein wenig mehr sich zu eigen gemacht hätte. (Ganz außer acht gelassen hat er ihn ja nicht.) Die Instrumentation ist im allgemeinen zu auspringlich; dagegen sind die Melodien der „Schlager“ zu matt. Aber es gibt Momente, in denen zu sehen ist, daß der Komponist — der als Anfänger mit seinem Erstlingswerk vor uns tritt — das Zeug hat, mehr zu geben, als es hier geschieht.

Die Aufführung wurde in Szene gesetzt von Adolf Wagner. Sie ist unter einer merklichen Unsicherheit. Das herumstreicheln um den Feuerfaen und das ständige Kürzen der Augen nach dem Taktrod des Kapellmeisters, das den Zuschauer nervt. Es ist auch wenig gelungen, die Musik des Nationaltheaters

durchbrochene, modern gemusterte Strümpfe trägt, wie es bei einer der Damen vom Chor gesehen zu sehen war. Die Spielleitung hatte nicht alles getan, um das Stück möglichst günstig herauszustellen.

Der Träger der stimmlich nicht große Ansprüche stellenden Titelrolle war der Operettentenor Fritz Becker. (Anmerkung des Referenten: Herr B. wünscht von mir nicht mehr besprochen zu werden.) Adolf Wagner kopierte getreu einen Genieschmen aus dem Café Groenmacht. Es ist nicht bel, wenn man derartige Rollen ein wenig vertretet wiedergibt. Ganz ausgezeichnet war wieder Willy Wilhelm. Sein Humor spielte in allen Regenbogenfarben. Erfriede Pohl — herzlich und lieb anzuschauen wie immer — war besonders gut aufgelegt. Sie ist schon so oft gelobt worden, daß man sich das heut schenken kann. Neben ihr mußte Friedel Bloem verblaffen, die in letzter Zeit in die Unart verfaßt, unter unglücklicher Gesichtsmuskulatur in den höheren Sagen zu quetschen.

Der Chor sang mitunter mit einer Gleichgültigkeit und Verständnislosigkeit, an der man verzweifeln konnte. Der Dirigent wußte sich Kurt Pohl — nicht zu geben.

Humor und Satire.

In der Religionsstunde. Lehrer: „Sage mal, mein Sohn, kannst du mir einen Mann nennen, der auf Erden wandelte, der ohne Schuld, ohne Fehler, Makel und ohne Sünde war?“

Schüler: „Jawohl, der war Mutterns erster Mann!“ — Was ist paradox? Wenn einem Hofentzagerfabrikanten die Ware „reißend“ abgeht.

Wenn ein Schneider „malose“ Preise nimmt. Wenn noch ein Aufklarungsfilm in einer Dunkelkammer entwickelt werden muß.

Die Geschaftswage. „Weighst du, Gerhart, ich wiege jetzt 198 Pfund. Ich habe mich vorher auf unserer Geschaftswage wiegen lassen.“ „Dann beruhige dich, dann sind es höchstens 180!“ (Der Bummbar.)

Die Frauen und die Verfassung.

Von Meta Quard-Hammerslag.

„Die Revolution hat den Frauen ein großes Geschenk in den Schoß geworfen“, sagen die einen. „Sie brachte uns die Erfüllung unserer tiefsten Wünsche, die Verwirklichung dessen, wonach wir gestrebt und wofür wir gekämpft haben.“ sagen die anderen. Wie so oft, haben beide Teile recht. Für die große Masse ist es ein Geschenk, dessen sie sich auch heute noch nicht genug bewußt ist, trotz der großen Beteiligung bei den Wahlen zur Nationalversammlung. Für die strebende Minderheit, die es in allen Schichten unseres Volkes gegeben hat und gibt, ist es der Lohn eines lange geführten, hartnäckigen Kampfes, bei dem sie nur von einer ganz kleinen Zahl der Männer in Wort und Schrift unterstützt wurde. Die politisch ausschlaggebenden Mächte standen untätig, ja feindlich zur Seite, einzig und allein die Sozialdemokratische Partei hat den Frauen die Unterstützung jenseitig werden lassen, die ihren damaligen Machtverhältnissen entsprach. Das sollten die Frauen nie vergessen. Als die Revolution die Macht in ihre Hände legte, da hat sie mitgeräumt mit all den alten Vorurteilen, die die Frau als minderbefähigt zur politischen Einsicht und Ausübung politischer Rechte erachteten und jenen Schritt gewagt, vor dem es dem deutschen Volkstum so unendlich graute. Sie legte den Stimmzettel in die Hand der Frau, damit auch sie tätigen Anteil an den Bestimmungen über das künftige Geschick unseres Landes nehmen könnte.

Die Frauen haben Gebrauch gemacht von diesem Recht und sind in Scharen zur Wahl geschritten, haben sie merklich beeinflusst. Aber nicht der Sozialdemokratie, der Vorkämpferin für Frauenrecht, ist dieser Einfluß in erster Linie zugute gekommen, sondern der Zentrumspartei, der Hüterin aller Vorrechte und aller Vorurteile. Wenn die Gesetze, die in der Nationalversammlung gemacht wurden, den Frauen und den Arbeitern manches schuldig geblieben sind, so ist dies nur der Ausdruck der durch die Wahlen geschaffenen politischen Machtverhältnisse der Parteien. Und die Frauen sollten recht viel Nachdenken darauf verwenden, wie diese Machtverhältnisse wirken und wie die Gesetze aussehen, die darunter zustande gekommen sind.

Die vorzüglichste Aufgabe der Nationalversammlung war die Schaffung einer Verfassung, die die Grundlage gibt alles dessen, wonach in der nächsten Zeit in Deutschland gelebt und gearbeitet wird. Sie ist richtunggebend für alle künftigen Gesetze und alle alten Gesetze müssen nach und nach mit ihr in Einklang gebracht werden. Beruht also die neue Verfassung auf der vollständigen Gleichberechtigung von Mann und Frau, so müssen aus allen Gelegenheiten Bestimmungen herkommen, durch die diese Gleichberechtigung verlegt wird. Das dürfte so ziemlich bei allen Gelegenheiten sein, denn der Geist, der in der alten Verfassung lebte, war der der Ehrlosigkeit, der an Stelle der freien Selbstbestimmung des Volkes ein System von Bevormundung legte, das nicht in letzter Linie die Frauen traf. Selbstverständlich können nicht alle diese Gelegenheiten im Handumdrehen geändert werden, es bedarf dazu Arbeit, Nachdenken und der Gleichberechtigung von Mann und Frau in der Verfassung zum Ausdruck kommt, je einfacher wird die Änderung in den anderen Gelegenheiten sich vollziehen.

Um es kurz zu sagen, die Nationalversammlung hat dank der Mitarbeit unserer Genossen gute Arbeit geschafft. Wir haben die freieste Verfassung der Welt. Alle Männer und Frauen vom 20. Jahre ab haben das Recht, die Volksoberhaupter im Reich, in den Staaten und den Gemeinden zu wählen. Der Präsident des Reiches wird durch das ganze Volk bestimmt. Die Minister sind den Volksoberhäuptern verantwortlich und darüber hinaus ist durch Volksabstimmung eine direkte Mitwirkung des ganzen Volkes vorgesehen, so daß jeder Mann und jede Frau, die verstehen, eine gewisse Anzahl von Wählerstimmen auf ein von ihnen vorzuschlagendes Gesetz zu vereinigen, dieses Gesetz zur Abstimmung bringen können. Hat es die Mehrheit erlangt, so muß das Gesetz in Kraft treten. In diesen Grundbestimmungen der Verfassung sind also Männer und Frauen vollständig gleichgestellt, und es bedarf nur der Ausübung, auf daß die Mitwirkung der Frau in die Erscheinung tritt und sich Geltung verschafft.

Und doch ist die Verfassung den Frauen immer noch einiges schuldig geblieben, das vermieden worden wäre, wäre jener Ausfall der Wahl zur Nationalversammlung ein anderer gewesen. Im zweiten Hauptteil der Verfassung, der von den Grundrechten und Grundpflichten handelt, jenen Bestimmungen, von denen wir oben sagten, daß sie auf die alten Gesetze angewandt werden müssen und dort zu Änderungen Veranlassung geben, wird wohl bestimmt, daß alle Deutsche vor dem Gesetz gleich sind, aber auch, daß Männer und Frauen grundsätzlich dieselben staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten haben. Wir Sozialdemokratinnen fragen, warum nur „grundsätzlich“, warum „staatsbürgerlich“, warum „Pflichten“? Warum steht da nicht ganz einfach: „Alle Männer und Frauen haben dieselben Rechte“? Es ist, als ob man mit der einen Hand zurückziehen wollte, was man mit der anderen gegeben, als ob man durch eine Hintertür all den alten Vorurteilen gegen die Frau wieder Gelegenheit geben wollte, in die Gesetzgebung hinein zu schlüpfen und sich breit zu machen für den Fall, daß die Wahlen einmal so ausfallen, daß man es wagen kann. Sehen wir die Protokolle der betreffenden Sitzungen durch, so werden diese Befürchtungen bestätigt. Die beiden sozialdemokratischen Parteien gingen durchaus einig in der vollen Gleichstellung der Frauen und beauftragten den einfachen Satz: „Männer und Frauen haben dieselben Rechte“. Die anderen Parteien aber, bis weit in die Demokratische Partei hinein, traten für Einschränkungen ein, und es ist gerade der zweite Vorkämpfer Frankfurts, Dr. Luppe, der alle Lebensluster, wie die Beiratsfrau der Frau von der Wehrpflicht, zur Begründung seines ablehnenden Standpunktes heranzog. Eine recht alte Begründung, die das Alter nicht besser gemacht hat. Von den Frauen ist oft entgegen worden, daß sie, indem sie ihr Leben einsehen für neues Leben, auch ihr Teil zum Fortbestand des Reiches beitragen, und daß die Tatsache, daß der Mann auch bei Befreiung von der Wehrpflicht keine staatsbürgerlichen Rechte behält, diese Rechte von der Wehrpflicht unabhängig machen. Und doch ist es muß auch das gefagt sein, mit Hilfe bürgerlicher Frauenstimmen gelangen, jenen einschränkenden Zusatz in die Verfassung hinein zu bringen. Die Zukunft wird nun lehren, ob unsere Befürchtungen gerechtfertigt sind und ob der alte Kampf um Gleichberechtigung der Geschlechter durch jene einschränkende Bestimmung neu auflebt und immer wieder durchgeföhrt werden muß, bei jeder neuen Fassung und jeder Änderung der alten Gesetze. Wir werden sehen, ob im Strafrecht jene ungeheuerlichen Bestimmungen wegfallen, die einen Teil der Frauenvwelt zu Verurteilungen und Verurteilungen werden lassen, ob im bürgerlichen Gesetzbuch die Ehegesetze so geregelt werden, daß Mann und Frau gleichberechtigt nebeneinander und zu den Kindern stehen werden. Einstweilen aber sind wir dankbar, daß die Verfassung ausdrücklich der unehelichen Kinder gedenkt, und daß für sie die gleichen Bedingungen für ihre leibliche, seelische und gesellschaftliche Entwicklung geschaffen sind, wie den ehelichen Kindern. Das wird ein großes Unrecht aus der Welt

schaffen und vielen kleinen Menschenkindern ermöglichen, tüchtige Staatsbürger zu werden.

An diesen Beispielen, die vermehrt werden können, sehen die Frauen, welche Macht ihnen der Stimmzettel gibt. Wägen sie bei kommenden Wahlen Sorge dafür tragen, daß die Partei, die klar und entschieden für die Frauen eintritt, als Sieger hervorgeht. Dann wird das Hintertürchen, durch das alle Hemmungen zu den Frauen hereinkommen, für immer verschwinden.

Ueber die Wahlen in Elß-Lothringen.

wird uns noch berichtet: Ein Wahlkampf mit unerbittlicher Leidenschaftlichkeit und Behäßigkeit geführt, liegt hinter dem elßischen Volke und allgemein atmet man nach diesem vierwöchentlichen Kampfe erleichtert auf. Die Wahlbeteiligung war auch eine überraschend starke, wie man das früher nicht gewohnt war. In Mülhausen sind von 18 889 eingeschriebenen Wählern 17 458 zur Urne gegangen. Aber nicht nur in der Bezirksstadt, auch auf dem Lande war die Wahlbeteiligung eine überaus starke; hier in St. Ludwig haben 5862 Wähler abgestimmt, 3136 Stimmen wurden für die sozialistische Liste abgegeben; in Hünningen sind 2791 Wähler zur Urne gegangen und von diesen stimmten 1722 für die sozialistische Liste. In Mülhausen-Stadt, wo seit Jahren die Mehrheit der Bevölkerung sozialistisch wählt, ist die sozialdemokratische Liste mit rund 6000 Stimmen in der Minderheit geblieben; sie erzielte 58 928, der bürgerliche Block dagegen 62 862 Stimmen; in Mülhausen-Land erhielt der bürgerliche Block 67 144, die sozialistische Liste nur 44 583 Stimmen; im Kreise Lhann und Wischnach siegte die sozialistische Liste mit einem recht erheblichen Mehr, dagegen unterlagen die Sozialisten im Kreise Gebweiler-Schlettstadt, während Markkirch eine sozialistische Mehrheit aufwies. Im Unterelß weist einzig die Stadt Straßburg eine Mehrheit der sozialistischen Stimmen auf; sie verzeichnet 93 189, der nationale Block 75 175, die Radikalsocialisten (bürgerlich) 20 893. In ganz Elß-Lothringen wurden für den nationalen Block 632 554, für die Sozialdemokraten 431 559, die Radikale Partei 110 963 Stimmen abgegeben. Der liberal-klerikale „Nationale Block“ hat somit eine Mehrheit von rund 90 000 Stimmen. Nach dem neuen französischen Wahlgesetz tritt in dem Falle, wo eine Partei die absolute Mehrheit über alle anderen Parteien erlangt, die Verhältnismahl nicht in Wirksamkeit, sondern die Partei der absoluten Mehrheit erhält sämtliche — in diesem Falle 24 — Mandate und die übrigen gehen leer aus.

Der sozialistische „Republikaner“ in Mülhausen ist in seinem Wahlkommentar über das Ergebnis sehr ungehalten, denn nach den allgemeinen Grundfahen des proportionalen Wahlrechts müßte die sozialistische Partei mindestens neun Mandate, der bürgerlich-nationale Block dreizehn und die Radikale Partei zwei Mandate erhalten. Mit dem Ausschließen des sozialistischen Einflusses in Parlament verweist man die Arbeiterschaft auf die „Politik der Straße“ und die wirtschaftlichen Kämpfe und es ist nicht unwahrscheinlich, daß diese offenkundige politische Vergewaltigung der Arbeiterschaft diese in radikalere Bahnen treibt; die Arbeiterschaft ist nicht an eine Form des Kampfes gebunden, sie wird den Weg zum Siege finden, so oder so. Die „Freie Presse“ in Straßburg ist in ihrem Wahlkommentar noch deutlicher und kündigt für die nächste Zeit große wirtschaftliche Kämpfe an, um auf gewerkschaftlichem Gebiete zu erreichen, was der Arbeiterschaft auf dem Boden des Parlamentarismus verwehrt worden ist.

Bekanntmachung.

Wegfall der Personenzüge an den Sonntagen.

Der Sonntag, den 21. November 1919 ist fallen in den Sonntagen die Verbindungen auf folgenden Strecken: ...

Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Scharen.

Rausch
Freitag, den 20. November 1919, abends 8 Uhr.
Danziger Oper in 3 Akten von Richard Wagner.
Lohengrin
Sonderabend, d. 20. November 1919, abends 8 Uhr.
Romeo und Julia
Sonntag, den 21. November 1919, abends 6 Uhr.

Wilhelm-Theater

Besitzer Kommissionsrat Hugo Meyer.
Schauspielleitung Willy Kolmann.

Lustiger Abend
unter Mitwirkung des gesamt. Personals.
Freitag: „Ein armer Musikant“.

Briefstasche mit Inhalt

und Karte auf den Namen Roggenbuch lautend, in der Verammlung am 26. 11. im Kaffee Werra verloren gegangen. Der Finder wird gebeten, dieselbe bei Reich, Mauerstraße 6a, Hinterhaus 1 Tr. abzugeben.

Buchhandlung Volkswacht

Spezialhaus 5 - Filiale Paradiesgasse 32.

Der Postillon von Conjeumeau
Die Fieseler von der Pfalz

Stadttheater Danzig.

Volksvorstellung im Stadttheater
am Sonntag, den 21. November, nachm. 2 Uhr:
„Die Fieseler von der Pfalz“

Der Neue Weit-Kalender für 1920

ist sofort erschienen. — Der Preis beträgt 80 Pfennig.

Buchhandlung „Volkswacht“
Spendhaus 6 und Filiale Paradiesgasse 32.

Volkstürsorge

Bewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungs-Vereinsgesellschaft

Geht Schnupftabak
Geht dan, Kautabak
Kreism. Zigaretten

Bettfedern und Dauen

Julius Serion, Fischmarkt 19.

Kosmos-Abreiß-Kalender
1920
Preis 4.40 Mark

Geschlecht und Liebe

Prof. Dr. Max von ...

Hautfuchsen-Kräge
Bilg Perusalbe